

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an den feierlichen Tagen des Monats. Der Preis beträgt 2 Mk. im Monat, 20 Mk. im Viertel, 70 Mk. im Halbjahr, 130 Mk. im Jahr. Die Abnahme ist im Voraus zu zahlen. Die Zustellung erfolgt durch den Postboten oder durch den Briefträger. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Postfach 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angabenpreis: die befristete Ausgabe 20 Cent, die unbefristete Ausgabe 40 Cent. Die 3. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 4. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 5. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 6. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 7. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 8. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 9. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 10. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 11. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 12. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 13. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 14. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 15. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 16. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 17. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 18. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 19. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 20. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 21. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 22. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 23. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 24. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 25. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 26. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 27. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 28. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 29. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 30. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 31. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 32. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 33. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 34. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 35. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 36. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 37. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 38. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 39. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 40. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 41. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 42. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 43. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 44. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 45. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 46. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 47. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 48. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 49. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 50. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 51. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 52. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 53. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 54. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 55. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 56. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 57. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 58. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 59. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 60. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 61. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 62. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 63. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 64. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 65. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 66. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 67. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 68. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 69. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 70. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 71. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 72. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 73. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 74. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 75. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 76. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 77. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 78. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 79. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 80. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 81. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 82. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 83. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 84. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 85. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 86. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 87. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 88. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 89. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 90. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 91. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 92. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 93. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 94. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 95. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 96. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 97. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 98. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 99. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent. Die 100. Ausgabe ist im letzten Teil 100 Cent.

Nr. 197. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Ad.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, 25. August 1925

Bekämpfung der Teuerung.

Reichskanzler Dr. Luther verhandelt andauernd mit den in Frage kommenden Stellen über Maßnahmen zur Preisfestsetzung. Außerdem will der Kanzler die begonnenen Besprechungen mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie fortsetzen.

Allmählich fängt die steigende Teuerung an, nicht mehr eine rein wirtschaftliche Frage zu bleiben, sondern darüber hinaus auch zu einem innerpolitischen Problem zu werden. Die Annahme des Zolltarifs hatte die immer und immer wieder in den Vordergrund getriebene Absicht, der schwer ringenden deutschen Wirtschaft zu helfen. Ohne weiteres war damit zu rechnen und wurde damit gerechnet, daß die Annahme des Zolltarifs den Preisstand erhöhen würde. Jetzt konnte aber der Verbraucher verlangen, daß seitens des Warenerzeugers und -verkäufers alles geschieht, um die Preissteigerung so gering wie möglich zu machen. Nicht ohne Ursache wurde die Beschränkung ausgesprochen, daß die Preissteigerung infolge der Zolltarifsteigerung nicht zu hoch sein soll. In der diesjährigen Zolltarifsteigerung sind die Preise für die wichtigsten Waren um 10 bis 15 Prozent erhöht worden. Es lag überhaupt nicht die geringste Ursache zu einer Preissteigerung vor; wenn die bestehende Zolltarifsteigerung zu einer solchen Preissteigerung ausgenutzt wurde, so müßte die Herabsetzung der Umsatzsteuer doch eigentlich im entgegengesetzten Sinne wirken. Gewiß, wir gehen nicht etwa mit Riesenschritten in eine Wirtschaftskrise hinein, sondern wir stehen schon mitten drin. Niemand aber ist gewillt, unter dieser Wirtschaftskrise zu leiden; jeder versucht, durch Steigerung des Verdienstes die Verluste wettzumachen und einzuhaken, die durch das Sinken des Umsatzes entstehen. Gerade dadurch wird aber die Wirtschaftskrise nur noch vergrößert.

So denkt der Verbraucher. So handelt nicht jeder Erzeuger, aber doch ein großer Teil der Kreise, mit denen der Verbraucher in unmittelbare Beziehungen tritt. Man ruft man nach einem Eingreifen der Regierung, besonders deswegen, weil die erfolgreiche Preisfestsetzungsaktion im vergangenen Jahre noch nicht aus dem Gedächtnis verschwunden ist. Dr. Luther, der Reichskanzler, will auch mit Energie vorgehen und hat auch schon mit den beteiligten Stellen über eine solche Preisfestsetzungsaktion verhandelt. Weit wichtiger aber ist, daß die Spitzenverbände der Industrie selbst entschlossen sein müssen, im gleichen Sinne zu wirken, eine ungünstige Entwicklung der Preisgestaltung zu verhindern. Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereine der deutschen Arbeitgeberverbände verlangen in einer solchen verständlichen Entschlossenheit, die einer Besprechung mit der Regierung folgte, von ihren Mitgliedern unbedingt, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf 1 % sich in vollem Umfang in der Preisstellung auswirkt. Da bekanntlich die Umsatzsteuer mehrfach erhoben wird, ist die Wirkung der Steuerermäßigung nicht unerheblich, und die Kreise der Erzeuger und des Handels, die ja seit langem zweifellos mit Recht gegen die Umsatzsteuer Sturm liefen, würden ihr Bemühen um die volle Aufhebung der Steuer zur Erfolglosigkeit verurteilen, wenn die Ermäßigung am 1. Oktober sich in der Preisgestaltung nicht auswirken würde.

Von politisch ankündigenden Kreisen wird seit langem ein besonderes Vorgehen gegen das ganze Kartellwesen verlangt, weil die Kartellpolitik der deutschen Industrie zu einer Preissteigerung geführt habe. Gewiß sind diese Angriffe zu weitgehend in ihrer Allgemeinheit, gewiß hat das Kartellwesen seine Berechtigung, aber die Kartelle sollen der Produktion nicht nur Rechte erteilen, sondern sie haben auch Pflichten. Man kann nicht schelten über allzu große Preissteigerungen im Handel, wenn die Kartelle verhindern wollen, daß die Erzeuger allein die Wirtschaftskrise tragen, wenn sie genau wie der Handel durch die Wirtschaftskrise möglichst kleine Verluste haben wollen. Das sehen auch die genannten Spitzenverbände ein, und sie verlangen in ihrer Entschlossenheit von den Kartellen in besonderem Maße eine Anpassung an die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft. Ungezogene Erscheinungen auf diesem Gebiete des Kartellwesens müßten beseitigt und es soll eine gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle vorgenommen werden.

Selbsthilfe der Wirtschaft, ein energisches Vorgehen der Produktion ist nun aber weit wichtiger als eine Preisfestsetzung durch die Regierung. Gewiß kann der Weg vom Erzeuger der Rohstoffe bis zum letzten Verkäufer nicht mehr so billig sein wie vor dem Kriege; aber leider ist es nicht alles Erbe der Inflation auf uns noch das Unvermögen, scharf und knapp genug zu kalkulieren. Die Gesundheitskrise, die nach der Stabilisierung der Währung einsetzte, hat leider noch nicht erzieherisch genug gewirkt. Das muß nachgeholt werden. Und wenn die Erzeugung, wenn der Handel sich nicht selbst dazu entschließen kann, dann müssen Anregungen der Verbraucher nachhelfen. Und dann können die Vorteile für Erzeuger und Handel viel leicht größer sein, als wenn sie sich von vornherein entschließen würden, nicht Gewinne zu erzielen, die dem Ernst der wirtschaftlichen Lage nicht entsprechen. Das geht vor allem auf den Lebensmittelmarkt. Die Ver-

Endlich die Briand-Note.

Zeitpunkt zur Veröffentlichung noch unsicher.

Berlin, 22. August.

Das Rätsel über den Termin zur Überreichung der französischen Antwort auf die deutschen Sicherheitsvorschläge ist endlich zu Ende. Eine amtliche Mitteilung der Regierung vom heutigen Tage besagt:

Der französische Botschafter hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Überreichung der neuen französischen Sicherheitsnote am Montag erfolgen wird. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Note steht noch nicht fest. Hierbei wird noch eine besondere Vereinbarung zwischen den Regierungen getroffen werden.

Gleichzeitig befreit die Reichsregierung das verbreitete Gerücht, daß die nochmals erfolgte Verschiebung der Notentüberreichung auf ihren Wunsch erfolgt sei.

Über den Inhalt der Note

erfährt der Vertreter des W. T. B. in London von maßgebender britischer Seite, der Zweck der Note sei, den schriftlichen Erörterungen zwischen den Alliierten einerseits und Deutschland andererseits über „den Vertrag gegenseitiger Sicherung“ ein Ende zu bereiten und ein baldiges Zusammenkommen der interessierten Mächte zu einer mündlichen Erörterung über diese Frage zu ermöglichen. Den Schwerpunkt der französischen Note bildet dabei das Eingehen auf die am Anfang und Ende der deutschen Note gegebenen Anregungen, in denen Deutschland seine Bereitwilligkeit erklärte, die Verwirklichung des Vertrages gegenseitiger Sicherung zu fördern. Was die in der deutschen Note gemachten Vorbehalte anlangt, so wird von britischer Seite bemerkt, man könne von den Alliierten nicht erwarten, daß sie in Bezug auf den Vertrag von Versailles einen Handel eingehen. Es wird ferner erklärt, daß der freiwillige Beitritt Deutschlands zum Völkerbund eine Voraussetzung für das Inkrafttreten des Vertrages gegenseitiger Sicherung sei, daß jedoch die Bedingungen des Beitrittes schließlich nicht Sache der Alliierten, sondern Sache des Völkerbundes ist. Hervorgehoben wird jedoch, daß die Vorbehalte in der französischen Note keine Beeinträchtigung des Rechtes Deutschlands darstellen, bei den erhofften mündlichen Besprechungen seinen Standpunkt frei zu vertreten. Nach britischer Ansicht ist die normale Entwicklung die, daß nach Überreichung der französischen Note halbmöglichst eine Zusammenkunft von Sachverständigen der an der Frage interessierten Mächte stattfindet. Diese Besprechungen würden für Deutschland in keiner Weise bindend sein, sondern lediglich den Zweck verfolgen, Deutschland die Möglichkeit zu geben, die Stellungnahme der übrigen Unterzeichner des Versailler Vertrages zu erfahren und seine eigenen Ansichten zu vertreten. Nach englischer Auffassung würde das Zustandekommen des Vertrages gegenseitiger Sicherung für Deutschland, verglichen mit seiner bisherigen Lage, einen sehr großen Fortschritt bedeuten. Wenn Deutschland auf eine Veränderung der Grenzen im Westen endgültig verzichtet, gibt Großbritannien den Gedanken der Isolierung auf und bindet sich an die Geschicke Europas. Frankreich dagegen gibt einige seiner Ansprüche auf wirtschaftliche Aktionen gegenüber Deutschland preis.

Diese kurze Übersicht deckt sich im wesentlichen mit den bereits früher gegebenen Andeutungen. Doch ist die tatsächliche Veröffentlichung abzuwarten, um ein bestimmtes Urteil zu gewinnen.

Dr. Stresemann über Kriegsfolgen.

Hamburg, 23. August. Reichsaußenminister Dr. Stresemann veröffentlicht einen bemerkenswerten Aufsatz, in dem er zur Außenpolitik sagt, es habe keinen Sinn, darüber zu spekulieren, was unsere Geister wollen. Naturgemäß

brauchen wir, daß nicht die Erzeuger die Preisverteuerer sind, sondern daß die übermäßige Preissteigerung erst auf dem Wege zum Verbraucher entsteht. Selbsthilfe der Erzeuger also und Selbsthilfe der Verbraucher, unterstützt durch eine Mißhilfe der Regierung — wenn das zusammenwirkt, dann wird den Bemühungen um ein Zurückschrauben der Preise zweifellos auch Erfolg beschieden sein. Das spricht die Entschlossenheit der Industrieverbände deutlich aus, die durch solche Mittel eher den Erfolg erhoffen, als durch allgemeine Lohnsteigerungen, die den Preisabbau von vornherein zum Scheitern verurteilen würden.

Stockholmer Kirchen-Konferenz.

Stockholm, 22. August.

Bei der Konferenz gelangte der vom schwedischen Bischof Billing vorgeschlagene Plan der Schaffung eines internationalen Forschungsinstitutes für wirtschaftliche Fragen zur Verhandlung. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Mann erklärte den Plan und sagte dazu: Diktatur und Klassenkampf sind in gleicher Weise abzulehnen. Der deutsche Gewerkschaftsführer Voltz hat in Überbrachte die Grüße von 300 evangelischen Arbeiter

sei es, zu wissen, was wir selber antworten. Wir weisen jede moralische Schuld an der Entstehung des Weltkrieges zurück, nachdem die Veröffentlichung über die auswärtige deutsche Politik bis zum Jahre 1914 geübt haben, daß diejenigen, die zum Weltkrieg heissen, nicht in Berlin, sondern in anderen Hauptstädten saßen. Diese Erkenntnis hindert aber nicht daran, daß wir nicht den Krieg verloren haben. Wir können und nicht isolieren. Wir suchen keine Hand in der Welt, aber wir möchten, daß wir endlich auch selbst Ruhe haben gegenüber denen, die uns nicht wieder aufgenommen lassen wollen.

Abfieberung polnischer Opianen.

Berlin, 23. August. Nach den in letzter Zeit getroffenen Feststellungen sind in etwa 50 Fällen Abfieberungen deutscher Opianen, die innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgewandert waren, durch die polnischen Behörden erfolgt. Zu Folge dessen hat auch die preussische Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung die zuständigen Regierungspräsidenten angewiesen, zunächst eine gleiche Zahl polnischer Opianen in Deutschland, die der wiederholten Abwanderungsaufforderung nicht Folge geleistet haben, zum Verlassen des Reichsgebietes zu zwingen.

Hochwassergefahr in Schlesien.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Breslau, 24. August. Das Steigen der oberen Oder läßt ein neues Hochwasser, das vierte in diesem Jahre, befürchten. In den letzten 24 Stunden ist beim Pegel in Annaberg (Obererschlesien) der Wasserstand von 96 auf 236 Zentimeter gestiegen, beim Pegel Olsch auf 260 Zentimeter. Von Ratibor werden 395 Zentimeter Wasserstand und weiteres Steigen gemeldet.

Caillaux' Abreise nach London. — Tumulten in Calais.

Paris, 24. August. Caillaux ist gestern mittag nach London abgereist und hat auf dem Pariser Nordbahnhof vor Zeitungsvertretern eine Erklärung verlesen, in der es heißt: Nach englischen Blätterstimmen wird damit gerechnet, daß ich in London ein Gentlemenangebot unterbreiten werde. Ich glaube aber, daß ein solches Angebot nur ein ist, das man auch tatsächlich garantieren kann. Die französische Regierung hat daher auch nur Vorschläge solcher Art ins Auge gefaßt. Auf alle Fälle wird es Churchill mit dem Vertreter einer großen Nation zu tun haben, die selbstverständlich auf ihre Verpflichtungen und auf ihren ehrenhaften Auf-Wert legt und sich dessen bewußt ist, daß ihr Rechte der Vergangenheit zustehen. Caillaux jagte weiter, er habe volles Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn des edlen britischen Volkes und sei davon überzeugt, daß Schatzkanzler Churchill die Interessengemeinschaft der beiden Länder durchaus begreife. Caillaux schloß mit einer Bitte, die Verhandlungen während seines Londoner Aufenthaltes möglichst zurückhaltend zu besprechen. Bei der Durchfahrt durch Calais kam es zu lärmenden Kundgebungen. Dr. Troide, Führer der royalistischen Ortsgruppe, gab, als Caillaux den Zug bestieg, das Signal zu dem Ruf: „Nieder mit Caillaux, es lebe Calmet, es lebe Clemenceau!“ Dr. Troide wurde verhaftet.

Ein franz Postamt durch Feuer zerstört

Berlin, 24. August. Der „Montag“ meldet aus Paris: In Hazebrouck (Departement Nord) wurde gestern das Post- und Telegraphenamt durch ein Mißgeschick zerstört. Der Schaden beläuft sich auf mehr als eine Million Franken.

jugern, die den Wunsch hegen, daß das christliche Weltvolk den Aufruf der Kirche möge für einen allgemeinen Angriff gegen die Schädigungen der sozialen Not. Später sprach der Arbeitersekretär Springer-Stuttgart über das Problem der Arbeitslosigkeit und erklärte: Die Kirche muß, wenn ein Volk durch Verträge eine Sonderbehandlung erfährt, deren Folge unvermeidlich Arbeitslosigkeit ist, alles tun, was zur Verhütung solcher Erscheinungen geeignet ist. Der Redner trat für die produktive Arbeitslosgen-fürsorge ein.

Stockholm, 23. August.

Unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Uppsala trat die Weltkirchenkonferenz in die Beratung des zweiten Verhandlungsthemas:

„Soziale und sittliche Probleme“

etn. Prälat Schöll-Eutinart setzte sich für eine klare christliche Gegenwartspolitik ein, die sich auch auf die Ehe, die Familie, die Jugend und das Berufsleben erstrecken müsse. Es darf, erklärte der Redner, keine Trennung zwischen privater und Geschäftsmoral geben. Die Engländerin Miss Cadbury sprach über das Wohnungsproblem. Die deutsche Reichstagsabgeordnete Margarete Behm führte aus: Die Organisation der Arbeitnehmerinnen und die Schaffung gesunder Lebensbedingungen für ihre Familie bildet eine Aufgabe, bei der die ganze Welt widmen muß. Die Ausführungen der Red-